

Calmer Tagblatt

Nr. 246

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungsweg: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 RT., Familienanzeigen 35 RT., Reklamen 200 RT., Schlussspalt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.
Samstag, den 20. Oktober 1923.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 110 000 000 RT., wöchentlich, Postbezugspreis 110 000 000 RT., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 20 000 000 RT. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichsregierung beabsichtigt, einige Bataillone Reichswehr nach Sachsen zu legen, zur Veruhigung der Bevölkerungsteile, die sich durch die vorgekommenen Terrorakte („Requirierungen“ bei den Besitzenden und Lohnersparungen bei Arbeitgebern) bedroht fühlen. Die Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten über angebliche Reichswehraufstellung werden in Berlin als die äußeren Beziehungen Deutschlands sehr schädigend bezeichnet. Innerhalb der sächsischen Sozialdemokraten scheint sich eine Spaltung zu vollziehen. Der rechte Flügel scheint die Politik der Radikalen nicht mehr mitmachen zu wollen.

Im Ausland scheint man schon auf den Auseinanderfall des Deutschen Reichs wie auf etwas Sicheres zu warten. Der dänische Ministerpräsident hat für diesen Fall erklärt, daß Dänemark sich kein weiteres Land mehr holen wolle, aber es müsse verlangen, daß die Dänen im deutschen Schleswig besser behandelt werden. Solche Annahmen eines kleinen Staats muß sich das deutsche Volk gefallen lassen. Sollte das nicht auch ein Anlaß sein, daß die inneren Zerlegungselemente, die nur Haß gegenüber den eigenen Volksgenossen zu predigen wissen, zur Selbstbesinnung kommen?!

Zu Ruhrgebiet muß infolge der Sabotage der Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Franzosen die Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern stattfinden. Da die Reichsregierung die Erwerbslosenunterstützung nicht fortzuführen kann, — schon weil die Gelder knapplos von den Franzosen geraubt werden — so sind die schwersten Erschütterungen der Versorgung der Bevölkerung zu gewärtigen. Auch im weiteren besetzten Gebiet nimmt infolge der französischen Verschleppungspolitik die Zahl der Arbeitslosen dauernd zu.

Belgien hat die deutschen Bemerkungen zu den belgischen „Studien“ über das Reparationsproblem der Reparationskommission zur Prüfung überwiesen.

Die Begründung des Arbeitszeitgesetzes.

Die bevorstehende Neuregelung der Arbeitszeit wird vom Reichsarbeitsministerium wie folgt begründet: Die Rettung Deutschlands vor dem völligen Untergang erfordert schnellste Durchführung währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Auf allen diesen Gebieten soll gleichzeitig gehandelt werden. Eine Verordnung über die Steuerentrichtung in Gold ist bereits erschienen. In den allerersten Tagen wird sich die Reichsregierung mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Preissteigerungen und Preistreiberien der Kartelle wenden. Auch von der Seite der Arbeitsleistung sind Opfer zur Rettung des Volkes vor Hunger und Elend unvermeidlich. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu soll der Reichstag schaffen. Zu dem Ende hat die Reichsregierung im Reichsrat den „Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit“ vorgelegt.

Der Entwurf beruht auf Abmachungen der Koalitionsparteien, die am 5. dieses Monats getroffen wurden. Der Zweck soll erreicht werden durch „effiziente Ausnutzung technischer Fortschritte, durch organisatorische Verbesserungen unserer Wirtschaft und durch emsige Arbeit jedes einzelnen“. Daneben wird in der Entscheidung der Parteien die „Neuregelung der Arbeitszeitgesetze“ verlangt. Sie soll sich vollziehen „unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentags als Normalarbeitstag“. Gleichzeitig aber soll die „Möglichkeit der tariflichen oder gesetzlichen Ueberschreitung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion“ vorgesehen werden. Für die öffentlichen Verwaltungen sollen ähnliche Grundzüge zur Anwendung gelangen. So der Beschluß der Parteien. Nach diesen Normen ist die Regierungsvorlage ausgearbeitet und vom Kabinett verabschiedet worden. Sie schafft den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten freie Bahn, ohne die sozialpolitischen Belange beiseitezuschieben. Sie lehrt keineswegs zur Arbeitszeit der Vorkriegszeit zurück und lehnt erst recht ein ungehemmtes Sichauswirken der Macht der Unternehmer gegenüber dem schwächeren Faktor Arbeit ab. Die Vorlage knüpft an die Verordnung vom 23. November 1918 an und stellt im § 1 den Grundsatz des Achtstundentags und der Achtundvierzigstundenswoche voran. Dieser Grundsatz erleidet Einschränkungen bei Notfällen (Ziff. 6 der Verordnung vom 23. November 1918 und § 3 der neuen Vorlage). Ferner bei unvermeidlichen Vorkommnissen und Abschlußarbeiten zur Bewahrung und Inang-

setzung von Betriebsanlagen, zur Beaufsichtigung usw. (§ 4). Ferner soll den Arbeitgebern zur Anpassung an die Konjunktur die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen (§ 3). Derartige Einschränkungen dieser Art sind im Grunde genommen nichts Neues. Ueber deren Berechtigung war man sich schon längst grundsätzlich einig, höchstens das Maß war strittig. Eine weitgehende Uebereinstimmung bestand auch schon lange darüber, daß für den Fall „erheblicher Arbeitsbereitschaft“ eine längere als achtstündige Arbeitszeit vorgesehen werden müsse. Diesem Erfordernis trägt der Entwurf in § 2 Rechnung.

Fürmliche Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag sind in der Vorlage auf zweifachem Wege vorgesehen. Durch Tarifvertrag (§ 5). Dazu hatten sich bei den bisherigen Beratungen der Arbeitszeitfrage im Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer einhellig bereitgefunden. Für den Fall, daß es zu solchen tariflichen Abmachungen aus irgendwelchen Gründen und Umständen nicht kommt, daß aber auf der andern Seite eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Leistung der Mehrarbeit besteht, sieht die Vorlage 2 auch Ausnahmen durch behördliche Maßnahmen vor (§ 6). Dieser Weg ist unvermeidlich, wenn eine gewisse Gleichmäßigkeit gewahrt werden soll. Er entspricht auch den Abmachungen der Koalitionsparteien. Sowohl gegenüber den tariflichen, wie den behördlichen Ausnahmen zieht die Vorlage aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter, sowie auf die Schwere der Arbeitsleistung klare Grenzen (§ 7 bis 9). Für den Bergbau unter Tage sowie für alle Arbeiter, „die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen ausgesetzt sind“, muß am Achtstundentag festgehalten werden. Hier ist höchstens vorübergehende Ueberarbeit in dringenden Fällen ermöglicht. Für den Bergbau sind an besonders schwierigen Betriebspunkten noch weitere Verkürzungen vorgesehen (§ 8). Endlich sind, abgesehen von der Arbeiterkraft, für alle Ausnahmen, sowohl auf tariflichem wie auf behördlichem Wege, zehn Stunden als Höchstgrenze einschließlich der Mehrarbeit bestimmt (§ 9). Für Betriebe der Körperkraft des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der von den Behörden übertragenen Befugnisse der vorgeordneten Dienstbehörde zu (§ 12).

Es wird nunmehr Aufgabe des Reichstags sein, diese Vorlage baldmöglichst zu verabschieden. Dadurch würde den Koalitionsparteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Möglichkeit gegeben, ohne schwere Kämpfe die Verständigung über die unerläßliche Mehrarbeit zu finden und das deutsche Volk über die gegenwärtige Wirtschafts- und Staatskrise allerschlimmster Art hinwegzuführen. Was auf diesem Wege von der Arbeiterschaft an Mehrleistung gefordert wird, soll den breiten Volksmassen wieder zugute kommen. Mehrarbeit soll den Gütervorrat vermehren, die Waren verbilligen, die Konsummöglichkeiten steigern und dadurch letzten Endes auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Einigung der Koalitionsparteien über das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 18. Okt. Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien hat heute im Reichstag die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz abgeschlossen. In allen wesentlichen Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Es wird also voraussichtlich bestimmt, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeitszeit bis 8 Stunden, in den übrigen Betrieben Ueberstunden bis 9 oder 10 Stunden zugelassen werden. Beseitigt wurde die Bestimmung in dem Regierungsentwurf, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten in besonderen Fällen Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen (für Frauen, Jugendliche und Kinder) zulassen könnten. Wo die verlängerte Arbeitszeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarungen, evtl. auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder letztinstanzlich durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Voraussichtlich am Mittwoch wird die Vorlage vom Plenum des Reichstages dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen und bereits am Donnerstag dem Plenum zur zweiten Lesung vorgelegt werden.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Gegen französische Entstellungen.

Berlin, 19. Okt. Von französischer Seite ist behauptet worden, daß der Reichsverkehrsminister die französische Regie anerkannt und die deutschen Bahnen bereits übergeben habe. Diese

Behauptung trifft in keiner Weise zu; vielmehr hat der Reichsverkehrsminister, als er an das Eisenbahnpersonal die Aufforderung richtete, sich zur Aufnahme des Dienstes bei den Dienststellen der Regie zu melden, namens der Reichsregierung ausdrücklich festgestellt, die die Regie nur als eine vorübergehende Verwaltung angesehen werden könne und daß der gegenwärtige Betrieb durch die Regie die Rechte des Deutschen Reiches an den besetzten Bahnen nicht berühre.

Belgien und die deutschen Anregungen.

Brüssel, 20. Okt. Die Agence Belge meldet, die belgische Regierung werde ebenfalls der Reparationskommission die Bemerkungen der deutschen Regierung zu den belgischen technischen Studien mitteilen. Es sei Sache der Reparationskommission, sie zu prüfen. Die belgische Regierung gedenke nicht, darüber mit Berlin in eine gemeinsame Besprechung einzutreten. Nur eine gründliche Prüfung der deutschen Bemerkungen werde die Feststellung ihres Wertes und ihrer Bedeutung ermöglichen.

Englische Kohlenkredite für Deutschland.

London, 19. Okt. „Evening Standard“ zufolge sollen nach Deutschland sehr große Kohlenkredite in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling gegeben worden sein, um ihm zu ermöglichen, über die Wintermonate hinwegzukommen.

Lloyd George in Amerika.

London, 19. Okt. Einem vom „Manchester Guardian“ veröffentlichten Telegramm aus Minneapolis zufolge erklärte Lloyd George in einer Unterredung mit einem Senator, seiner Ansicht nach habe Deutschland aufrichtig versucht, Reparationszahlungen zu leisten. Es habe über 400 Millionen Pfund Sterling bezahlt. Wenn in Deutschland der Bolschewismus die Oberhand erhielte, so würde er über viele der angrenzenden Länder hinwegfegen.

Kriegsrüstung der Hauptverhandlungspunkt der englischen Reichskonferenz.

London, 19. Okt. Der „Times“ zufolge erwartet man, daß sich die Reichskonferenz auf ihrer heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der Reichsverteidigung auf dem Lande und zu Wasser befassen wird. Gestern traten die Mitglieder der Konferenz in der Admiralität zusammen, um verschiedene mit der Verteidigung zur See zusammenhängende Punkte zu besprechen.

Bevorstehende Einstellung

der Arbeit im Ruhrgebiet.

Berlin, 19. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus dem Ruhrgebiet stellt die Reichsregierung von Beginn der nächsten Woche ab die Lohnbeihilfen für die Industrie und den Bergbau vollkommen ein. Da die einzelnen Werke nur für wenige Tage Zahlungsmittel besitzen und da diese Mittel nur unter schweren Bedingungen, wenn überhaupt zu beschaffen sind, so werden in den kommenden Wochen Feiertage in großem Umfange eingelegt werden müssen. Eine Entlassung der Arbeiter wird von den Werken und Zechen nicht beabsichtigt, trotzdem die Erwerbslosenfürsorge für sie in Anspruch genommen werden müsse. Auch ist eine durchgehende Stilllegung der Werke in einem gegebenen Moment nicht geplant. Werke wie Krupp müssen 35 000 Mann für die Erwerbslosenfürsorge bei der Stadt Essen anmelden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Köln.

Köln, 19. Okt. Wie die „Rheinische Zeitung“, das hiesige Hauptorgan der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, schreibt, erfährt man im Laufe der gestrigen Kölner Stadterordnetenversammlung zum erstenmal von amtlicher Stelle, wie groß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter allein im Stadtbezirk Köln ist. Neben 80 000 voll Arbeitslosen stehen annähernd 100 000 Kurzarbeiter. Das bedeutet, daß von 700 000 Einwohnern Kölns jeder Dritte nicht mehr voll beschäftigt ist.

Zur auswärtigen Lage.

Dänische Unverschämtheit.

Hoffnung auf den Zerfall des Deutschen Reichs.

Kopenhagen, 20. Okt. Im Folkething bemerkte gestern Ministerpräsident Neergaard zu der vorgestrigen Rede des Abgeordneten Schmidt-Modder: Der Abg. Schmidt scheint anzunehmen, daß, falls die Verhältnisse in Deutschland sich in katastrophaler Richtung entwickeln würden, auf dänischer Seite die Neigung vorhanden sein könne, aus dem Unglück des Nachbarlandes Nutzen zu ziehen und die bestehenden Grenzen zu ändern. Ich sagte es schon früher und wiederhole es hier, daß die Grenze festliegt. Es wird

regierungsseitig alles getan, sie aufrechtzuerhalten. Der Abgeordnete Schmidt sprach davon, daß es wünschenswert sei, daß ein wirklich gutes Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland bestehe. Ich teile diesen Wunsch vollkommen, will aber dem Abg. Schmidt sagen, daß ein Umstand für die Verwirklichung dieses Wunsches wichtiger ist als irgend etwas anderes, nämlich die vollkommen gerechte Behandlung der dänischen Landsleute südlich der jetzt gezogenen Grenze und voller Respekt vor ihrer Sprache, Nationalität und Kultur. Wir glauben, einen solchen Respekt den Deutschen zu erweisen, die nördlich der Grenze leben, und wollen ihnen weiter erweisen, glauben aber, daß die Verhältnisse südlich der Grenze vieles zu wünschen übrig lassen.

Sachsen und das Reich.

Ein schwarzer Tag im sächsischen Landtag.

Dresden, 19. Okt. Im Landtag wurde gestern u. a. über einen kommunistischen Antrag beraten, bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Gessler zu fordern. Ministerpräsident Dr. Seigner erklärte hierzu u. a., er habe erst gestern erfahren, daß die Vorfälle von vorgestern dem Reichswehrministerium zur Kenntnis gebracht werden sollten. Es treffe nicht zu, wie der Abgeordnete Seiffert behauptet, daß der Ministerpräsident davon in Kenntnis gesetzt worden sei, daß die Reichsregierung hinter der Anordnung des Wehrkreiskommandeurs stehe. Frankreich sei über alle Dinge, die sich in der Reichswehr abspielten, genau unterrichtet. Aus diesem Grunde werde er in dieser kritischen Stunde nicht so vorbehaltlos sprechen, wie er sich vorgenommen habe, aber schweigen könne er über diese Dinge nicht. Es sei Tatsache, daß das Reich eine illegale Armee habe, allerdings, wie es scheint, ohne daß die Reichsregierung davon wisse. Ende September und anfangs Oktober hätten rings um Berlin in zahlreichen Orten detartige „schwarze Organisationen“ sich erheben sollen, was nur durch die preussische Landespolizei verhindert worden sei. Im Lager Königsbrück sei die „schwarze Reichswehr“ in diesem Sommer vier bis sechs Wochen lang ausgebildet worden. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr eingezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente wisse von diesen Dingen und werde eine Aenderung erzwingen. — Abgeordneter Kaiser (Deutsche Volkspartei) erwiderte hierauf u. a., es wäre besser gewesen, dieser 18. Oktober 1923 wäre in der Geschichte Sachsens nie erschienen, denn heute, am Völkerschlachtsdenkmal, seien die ersten Anzeichen des wieder erwachenden Deutschlands den Feinden preisgegeben worden. Die Entente habe nicht mehr nötig, ihre Spionage zu treiben. Es wäre richtiger vom Ministerpräsidenten gewesen, die Dinge, die er vorgetragen habe, vor das betreffende Forum zu bringen, wo der Reichswehrminister Gelegenheit habe, seinen Standpunkt zu vertreten. Die illegalen Bestrebungen bezogen sich nur die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Wehrkraft. Diese Entwidlung werde auch der sächsische Ministerpräsident nicht aufhalten, wenn er auch noch so sehr gegen die Reichswehr vorgehe.

Berlin, 19. Okt. Zu den „Enthüllungen“ des sächsischen Ministerpräsidenten in der gestrigen Landtagsitzung schreibt die „Börsen Zeitung“, diese bewiesen, daß der sächsische Ministerpräsident sich nicht scheue, Reichsinteressen zu gefährden, um in der Landespolitik zu triumphieren. Ein solches Verhalten stehe im Widerspruch zu der programmatischen Ankündigung der sächsischen Regierung, sie werde für die Einheit des Reiches bis zum Äußersten kämpfen. Diese Einheit kann, so sagt das Blatt, nur erhalten werden, wenn die extremen Richtungen auf beiden Flügeln sich dazu bequemen, Opfer zu bringen.

Bruch innerhalb der sächs. Sozialdemokratie.

Dresden, 19. Okt. Der heutige dritte Tag der großen politischen Aussprache im Landtag brachte gleich zu Beginn einen Zwischenfall. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der kommunistische Abgeordnete Schneller zur Geschäftsordnung, in der heutigen Morgenpresse sei festgestellt worden, daß das Ultimatum an die sächsische Regierung des Generals Müller im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Reichswehrminister ergangen sei. Ferner werde festgestellt, daß der Zivilkommissar Meyer, der von dieser Tatsache gewußt habe, es pflichtwidrig unterlassen habe, die Regierung davon zu unterrichten. Weiter stehe fest, daß der Zivilkommissar Meyer mehreren rechtsstehenden Sozialisten, u. a. den Abgeordneten Bethge, davon Mitteilung gemacht habe. Meyer sowohl als Bethge hätten es also zugelassen, daß die sächsische Regierung in ihrer Erklärung gegen den General Müller den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Verfassung erhoben habe. Dieser Vorwurf richte sich gegen alle diejenigen, die diese Tatsache verschwiegen hätten. Rechtsstehende Sozialdemokraten hätten anscheinend einen Vorstoß gegen die Regierung unternommen. Seine Partei habe eine Anfrage formuliert, wie sich die Regierung zu diesen Dingen stelle, und beantrage, diese Anfrage noch auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Weiter beantrage sie, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Deutschland.

Die Unruhen im Innern.

Berlin, 19. Okt. Nach der „Berliner Zeitung“ ist es gestern Abend auf dem Schloßplatz in Köpenick zu Ansammlungen gekommen. Die Schutzpolizei zerstreute die Menge, die drohte, benachbarte Bäckereien zu stürmen, und verhaftete fünf Plünderer. Heute vormittag herrschte wieder Ruhe. — Nach der gleichen Zeitung kam es gestern

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.
Es ist Veranlassung gegeben, auf folgende Bestimmungen besonders hinzuweisen:

1. Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923 (R.G.B. I, S. 754).

§ 2.

Ohne vorherige Zustimmung der Gemeindebehörde dürfen

- Gebäude oder Teile von Gebäuden nicht abgebrochen,
 - mehrere Wohnungen zu einer nicht vereinigt werden.
- Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume nicht verwendet werden. In besonderen Fällen kann die Gemeindebehörde Ausnahmen zulassen, wenn für den beanspruchten Raum neuer Wohnraum erstellt wird.

§ 3.

Der Verfügungsberechtigte hat

- der Gemeindebehörde unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind,
- ihrem Beauftragten über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leerstehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern den Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweilig in das Ausland verlegt hat.

2. Die Bestimmungen der Württ. Min. Versg. v. 29. August 1919, wonach keine Wohnung ohne Genehmigung der Gemeindebehörde bezogen werden darf, bleibt auch weiterhin in Kraft (vergl. § 6 des Reichsgesetzes).

3. Verfehlungen sind als Vergehen mit Geldstrafe und Gefängnis oder mit einer dieser Strafen strafbar.
Calw, den 18. Oktober 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Bekanntmachung betr. Polizeistrafen.

Das neue Reichsgesetz vom 13. Oktober 1923 setzt für alle Uebertretungen als Mindeststrafe 10 Millionen, als Höchststrafe 10 Milliarden fest.

Außerdem ändert sich der zu zahlende Betrag bei Änderungen des Geldwertes von selbst entsprechend der Reichsindexzahl.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Calw, den 18. Oktober 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Handwerkskammer-Umlage 1923.

Die Gemeindeverwaltungen werden angewiesen, die Umlage alsbald an die Handwerkskammer einzufenden.
Calw, den 17. Oktober 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Abend in Dresden, besonders auf dem Postplatz und dem Altmarkt wiederholt zu größeren Ansammlungen, die durch Polizeistreifen immer wieder zerstreut wurden. Eine Reihe von Personen wurde zur Feststellung ihrer Personalien nach dem Polizeipräsidium gebracht. Ernstere Zusammenstöße haben sich nicht ereignet.

Berlin, 19. Okt. Auch heute kam es an einigen Stellen Berlins, besonders in Neukölln, infolge der hohen Lebensmittelpreise zu Ansammlungen und Plünderungsversuchen, die sich meist gegen Bäckereien richteten. In den meisten Fällen konnten Plünderungen durch die Polizei rechtzeitig verhindert werden.

Eine Verordnung zur Kartoffelversorgung in Bayern.

München, 20. Okt. Der Generalstaatskommissar hat mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern angeordnet, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln angebaut hat, verpflichtet ist, bis zum 17. November 30 Prozent seiner gesamten Kartoffelernte an die Verbraucher oder die zum Kartoffelhandel zugelassenen Personen in Bayern abzugeben, widrigenfalls Enteignung erfolgt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbuße bestraft.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Oktober 1923.

Sonntagsgedanken.

Zuerst.

Pflege den Zustand der Erwartung in dir, einer stillen, bescheidenen, heiteren und festen Erwartung; dann bist du wie ein Land, bereit, die Samen der Luste zu empfangen, zu blühen und Frucht zu tragen. Friedr. Kappeler.

Mensch! hinter dir findest du in deinem Leben lauter Vorsehung, warum nicht vor dir? Kann denn von deiner Vergangenheit die Zukunft abarten?
Jean Paul.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Oktober 1923.

Sonntagsgedanken.

Zuerst.

Pflege den Zustand der Erwartung in dir, einer stillen, bescheidenen, heiteren und festen Erwartung; dann bist du wie ein Land, bereit, die Samen der Luste zu empfangen, zu blühen und Frucht zu tragen. Friedr. Kappeler.

Mensch! hinter dir findest du in deinem Leben lauter Vorsehung, warum nicht vor dir? Kann denn von deiner Vergangenheit die Zukunft abarten?
Jean Paul.

Pest und Creuel, Krieg und Not hat die Erde überstanden.
Jedes neue Morgenrot macht den Druck der Nacht zu Schanden.
S. Eulenberg.

Wettstreiten Stolze-Schrey.

Bei dem Bezirkswettstreiten des Aspergbezirks im württ. Stenographenbund Stolze-Schrey erhielt u. a. der Kaufmann Arthur Vogt-Calw einen 1. Preis bei 140 Sätzen; auch im Korrekt- und Schön schreiben wurde ihm ein 1. Preis zuerkannt.

Ueber die Kartoffelversorgung

der Stadt wurde in der gestrigen Gemeinderatsitzung eingehende Beratung gepflogen. Es wurde betont, daß eine gewisse Notwendigkeit bei der Einwohnerzahl sich bemerkbar mache, da die Einlagerung der Kartoffeln sich in diesem Jahr teils wegen der bisherigen geringeren Anlieferung, teils wegen der hohen, den meisten Leuten unerschwinglichen Preise hinausziehe. Eine ganze Anzahl von Familien habe bei den Händlern und Produzenten die bestellten Kartoffeln wieder abbestellt, weil die Kosten nicht aufgebracht werden könnten. Es wurde anerkennend hervorgehoben, daß viele Bauern ein warmes Herz für die Städte haben und daß schon manche Familien Kartoffeln zu recht anständigen Preisen geliefert bekommen hätten; erst gestern noch seien Kartoffeln zu 500—700 Millionen der Zentner angeliefert worden. Auf der andern Seite gebe es aber auch Produzenten, die absichtlich die Belieferung hinauszuziehen, um immer höhere Preise verlangen zu können. An den hohen Preisen tragen aber besonders auch die vielen Zwischenhändler schuld, die wie Pilze aus dem Boden schießen und die Preise ins Ungemessene hinauf treiben. Es komme vor, daß in kleinen Gemeinden oft ein halbes Duzend Aufkäufer auftreten und die Preise überbieten, außerdem auch für sich selbst einen hohen Gewinn einstreifen. Den Behörden, namentlich der Landjägersmannschaft und den Polizeiorganen, erwachse hieraus die dringende Pflicht, nach diesen Auswüchsen zu sehen und den Unberechtigten das unsaubere Handwerk zu legen. Die Versorgung der Bevölkerung müsse ernstlich ins Auge gefaßt werden und es sei Vorsorge zu treffen, daß unter allen Umständen Kartoffeln in genügender Menge hereinkommen. Wenn die Versorgung durch den Bezirk selbst nicht möglich sei, sei es, daß unerschwingliche Preise verlangt werden, sei es, daß die genügende Menge sich nicht aufreiben lasse, so müsse eben von auswärtig für Kartoffeln gesorgt werden. Sämtliche Erwerbslose, Kurzarbeiter, Rentner wie überhaupt der Mittelstand, seien nicht in der Lage, diese hohen Kosten sofort anzulegen. Auffallend sei es, daß das Ernährungsministerium sich nicht energisch um die Kartoffelversorgung u. Preisbildung angenommen habe; bei den Preisen aller Lebensmittel (und auch anderer Artikel) herrsche die reinste Anarchie. In Norddeutschland werde über die Preisbildung viel schärfer gewacht. Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Potsdam habe einen Domänenpächter zu 6 Wochen Gefängnis und Einziehung von 100 Zfr. Kartoffeln verurteilt, weil er für den Zentner Kartoffeln 2½ Goldmark gefordert und damit den Preis der amtlichen Kartoffelnotierungskommission um etwa das Dreifache überfordert habe. Die Frau des Domänenpächters wurde zu 200 Milliarden Geldstrafe verurteilt, weil sie Verkäufe gegen Annahme von Dollarscheinen getätigt habe. In Württemberg gefehle aber nichts gegen Preistreiber. Es wurde hierbei erwähnt, daß die Gewerkschaften schon lange den Ernährungsminister aufmerksam gemacht haben, aber umsonst. Es wurden nun verschiedene Vorschläge zur besseren Versorgung der Bevölkerung gemacht. Alle Mitglieder des Gemeinderats waren darin einig, daß für die Kartoffelversorgung ein Uebriges getan werden müsse. Der Vorsitzende hält es für selbstverständlich, daß für die bedürftigen Familien die Stadt eintreten müsse, auch werde es notwendig sein, daß die Stadt selbst etwa einen Wagen Kartoffel eintellere. Die Versorgung werde unter allen Umständen gelingen, die Stadt werde einen Wechsel ausstellen und den Kredit von der Reichsbank erhalten. Es werde allen denen geholfen werden müssen, die jetzt nicht in der Lage seien, Milliardenbeträge aufzubringen. Uebbrigens dürften hinsichtlich der hereinzubringenden Menge von Kartoffeln keine Sorgen entstehen, es seien der Stadt von der Abfahrgenossenschaft Waldsee 25 Wagen Kartoffeln fest zugesichert und es sei vielleicht sogar zu befürchten, daß diese Menge gar nicht gebraucht werde. Die Bevölkerung müsse sich aber etwas gedulden, in Oberschwaben sei erst jetzt mit der Kartoffelernte begonnen worden und es sei uns die Lieferung der Kartoffeln im letzten Drittel des Oktobers in sichere Aussicht gestellt. Die Kartoffelernte falle gut aus und es sei kein Grund vorhanden, der die Lieferung unmöglich machen werde; an Kartoffeln werde es nicht fehlen und für Beihilfe werde auch gesorgt werden, die Einwohner können sich über die wichtige Frage beruhigen. Der Gemeinderat war mit diesen Ausführungen einverstanden und wird besonders die Lieferung ganzer Wagen an Fabriken, Gewerkschaften, Beamten und sonstige Organisationen in jeder Weise zu fördern und zu finanzieren suchen.

Wetter für Sonntag und Montag.

Ueberraschend schnell ist im Südwesten ein neuer Luftwirbel aufgetaucht, der im Verein mit der Störung im Norden am Sonntag und Montag vielfach bedecktes und zeitweilig regnerisches, aber mäßig kühles Wetter verursachen wird.

Württemberg und der Ausnahmezustand.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Okt. Die „Frankf. Ztg.“ hatte berichtet, daß auch Württemberg sich für Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich ausgesprochen habe. Die württ. Regierung hat lediglich in einem Schreiben an die Reichsregierung formale Einwände gegen die Art der Einführung des Ausnahmezustandes erhoben und zum Schluß die Hoffnung ausgesprochen, daß man nicht zu lange von diesem Ausnahmerecht werde Gebrauch machen müssen.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

(S.C.B.)

heute die brachte ein haupt. Be die Einbri hättisse g diesen Gef durch die gierung w die soziale Begründu für die n Vertrage nicht di daß di hebung tümers ste fentlichen gierungs v Entbaltun nommen u die Höfer wird; ebe Erbgang auf Antro für die V nachmitta

Offen z er 3 e l tet und d getauft u Ehe einz getreten. Art hatte und die rend des Ausmarj Pfarrver meinde s Winters Oberlich nach Dite Amt ant

(S.C.B.) eingeführt einer jör stellen Ge siges Ge die, enif werden scheine n Laufende gen Han und Stro Deutscher gierung in den I erträglid von eine siebenfad Bevölker unerhört den, die am gestr jeden Ge das schä gegenübe

46)

Frau was gib „Oto freudigen noh.“ Wagn warf es „Man verdamm auf und „Bist er unsih „Leid Inzw tet, hielt mit, wä Tochter gerichtet Stum zum Du betrunte gehabt h Wagn kann sich „Viel v. Wagn „Dar haben,“ Hermine gelandt

Fideikommissauschuss.

(Stuttg.) Stuttgart, 18. Okt. Im Fideikommissauschuss begann heute die Beratung des Gesetzes über das Auerbenrecht. Art. 1 brachte eingehende Erörterung über den Gesetzentwurf überhaupt. Vertreter der Sozialdemokratie machten Bedenken gegen die Einbringung des Entwurfs mit Rücksicht auf die württ. Verhältnisse geltend. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß durch diesen Gesetzentwurf die Benachteiligung nachgeborener Kinder durch die Auerbensitte gesetzlich festgelegt wird. Seitens der Regierung wurde betont, daß die Einbringung des Entwurfs durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart ihre Begründung finde. In dem Entwurf werde ein gesetzlicher Schutz für die nachgeborenen Kinder, der bisher nur im Wege des Vertrags erfolgte, eingeführt. Außerdem enthalte der Entwurf nicht die Einführung eines zwangsmäßigen Auerbenrechts, so daß die Erklärung eines Guts als Auerbengut und die Aufhebung dieser Erklärung im freien Willen des Grundeigentümers stehen. Die Redner der übrigen Parteien machten im wesentlichen ähnliche Ausführungen. Artikel 1 wurde nach der Regierungsvorlage mit 11 Ja (Ztr., D.D.F. und W.B.) gegen fünf Enthaltungen (W.S.) angenommen. Ohne Abstimmung angenommen wurde ein Antrag des Berichterstatters Scheef, wonach die Höfrolle statt im Amtsgericht im Grundbuchamt geführt wird; ebenso ein Antrag Ströbel, wonach im Falle, daß beim Erbgang Zweifel über den Umfang des Auerbenguts entstehen, auf Antrag eines Miterben oder des Auerbens die Zentralstelle für die Landwirtschaft endgültig entscheidet. Fortsetzung Freitag nachmittag.

Stelsheim, 19. Okt. Unser langjähriger Geistlicher, Pfarrer Zeller, welcher seit 1887 das hiesige Pfarramt verwaltet und die Freude erlebt hatte, viele seiner Pfarrkinder, die er getauft und konfirmiert hatte, auch bei dem Eintritt in die Ehe einzusegen, ist am Anfang des Jahres in den Ruhestand getreten. Durch seine wohlwollende, friedliche und freundliche Art hatte sich der Herr Pfarrer in hohem Maße das Vertrauen und die Anhänglichkeit seiner Gemeinde erworben und während des Krieges im Verein mit seiner Gattin treulich für die Ausmarschirten gesorgt. Die Pfarrstelle ist inzwischen durch Pfarrverweser Groß versehen worden. Der Wunsch der Gemeinde Stelsheim, daß die Pfarrstelle noch vor Eintritt des Winters besetzt werde, ist nunmehr erfüllt worden. Von der Oberkirchenbehörde wurde Pfarrer Helbling von Würzbach nach Stelsheim ernannt und wird am 4. November hier sein Amt antreten.

(Stuttg.) Stuttgart, 19. Okt. Das von der Stadtverwaltung eingeführte Gutscheinewesen für Gas- und Strombezug hat zu einer förmlichen Jagd auf die Gutscheine geführt. Die Ausgabestellen konnten dem Andrang nicht mehr nachkommen. Wer flüchtiges Geld hatte, war bestrebt, es möglichst rasch in Gutscheine, die, entsprechend der Geldentwertung, von Tag zu Tag teurer werden, umzusetzen. Der Gemeinderat hat nun für die Gutscheine neue Grundpreise festgesetzt und außerdem die zu verkaufende Gasmenge von 50 auf 30 Kubikmeter beschränkt. Gegen Hamsterer von Gutscheinen soll mit Absperzung von Gas und Strom vorgegangen werden. — Der Abg. Klies von der Deutschen Volkspartei hat folgende Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Die Preise für Gas und elektr. Strom hatten in den letzten Tagen bereits eine Höhe erreicht, die kaum als erträglich bezeichnet werden konnte. Nun wurden diese Preise von einem Tag zum anderen mehr als verdreifacht bzw. verdreifacht. Durch diese Maßnahme wurde in weite Kreise der Bevölkerung tiefste Erregung und Bitterkeit getragen. Die unerhörte Preiserhöhung wird als einfach unerträglich empfunden, die verschiedene Behandlung der Käufer von Gutscheinen am gestrigen und heutigen Tag als eine brutale Verletzung jeden Gerechtigkeitsgefühls und jeden sozialen Empfindens auf das schärfste verurteilt. Was gedenkt das Staatsministerium gegenüber diesen Vorgängen zu tun?

Steffani Drehsa.

46)

Roman von Alexandra v. Bosse.

Frau v. Wagnitz faltete erschrocken die Hände: „Was denn — was gibt es denn nun wieder?“

„Ottokar hat sich der Steffani wegen geschlagen!“ rief voll freudigen Triumphes Hermine v. Uerken. „Das seht ja nur noch.“

Wagnitz knüllte grimmig das Zeitungsblatt zusammen und warf es auf den Tisch.

„Man sollte wirklich glauben, man lebe in Paris, wo solche verdammten Geschichten an der Tagesordnung sind!“ Er sprang auf und blieb vor Franz stehen.

„Bist du gewiß, daß es sich um Steffani handelte?“ fragte er unsicher.

„Leider zweifellos,“ erwiderte Franz.

Inzwischen hatte Frau v. Wagnitz das Zeitungsblatt geglättet, hielt es weit von sich ab, und Lotti las über ihre Schultern mit, während langsam ihre Wangen erblähten. Mutter und Tochter wuschelten einen Blick. Nun war alles aus! Steffani gerichtet!

Stumm hörten die Angehörigen zu, wie Franz berichtete, was zum Duell geführt; er betonte, daß Leutnant v. Ganten total betrunken gewesen wäre und auch Treben einen heißen Kopf gehabt habe, sonst wären wohl beide vorsichtiger gewesen.

Wagnitz knirschte: „Damit ist die Steffi unten durch und kann sich unter anständigen Frauen nicht mehr lassen!“

„Vielleicht kann sie doch gar nichts dafür!“ wagte Frau v. Wagnitz einzuwerfen.

„Darüber wird sie sich mit ihrem Mann auseinandersetzen haben,“ entschied Wagnitz. „Ich bin nur froh, daß ich ihm, auf Hermines Rat, vor einigen Tagen ein dringendes Telegramm geschickt habe.“

(Stuttg.) Stuttgart, 19. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Im Bahnverkehr sind in den Wochen vom 15. September bis 6. Oktober rund 97 000 Zentner, in der Woche vom 7.—13. Oktober rund 48 000 Zentner Kartoffeln nach Württemberg eingeführt worden. Dies entspricht 700 Eisenbahnwaggons. Von den eingeführten Mengen gingen 105 000 Zentner nach Stuttgart und 40 000 Zentner nach anderen größeren Bedarfsgemeinden des Landes. Nach Stuttgart gelangten bis zum 13. Oktober außerdem 54 000 Ztr. (rund 150 Waggons) im Bahnverkehr aus württ. Erzeugergebieten. Daneben wurden den Bedarfsländern fortlaufend größere Mengen Kartoffeln mittels Achse zugeführt. Von Gemeinden, Verbrauchervereinigungen und Händlern werden zurzeit größere Abschlüsse über norddeutsche Kartoffeln getätigt, die im Laufe der nächsten Tage anrollen.

(Stuttg.) Esslingen a. d. F., 19. Okt. Im Walde bei Esslingen wurde von einem Jäger ein Anzahl Wildschweine, etwa sechs ausgewachsene Tiere, gesehen. Zum Abschuss konnte noch keines der Tiere gebracht werden.

(Stuttg.) Württemberg bei Heilbronn, 19. Okt. Bei dem Bäckermeister und Spezereihändler Rupp erschien ein starkes Aufgebot der staatlichen Polizei, um eine Durchsuchung seines Warenlagers vorzunehmen. Der Mann stand schon längere Zeit im Verdacht, durch unlautere Geschäftsmanipulationen die Not der Zeit ausnützend, sich große spekulative Gelder, ganz besonders im Zurückhalten von Waren zu verschaffen. Dieser Vorstoß hatte den Erfolg, daß 15 Zentner Zucker, die der Bäcker seinen Kunden seit längerer Zeit vorenthalten, um ja recht hohen Gewinn zu erzielen, ans Tageslicht gefördert wurde. Die Ware wurde sofort beschlagnahmt und gerichtliche Anzeige erstattet.

(Stuttg.) Württemberg bei Heilbronn, 19. Okt. Gemeindegeld und Darlehenslastenrechner Franz Holberried war dieser Tage mit dem Angewöhnen einer Kalbin beschäftigt. Dabei scheute das junge Tier und ging mit dem beladenen Wagen durch. Der 59 Jahre alte Mann geriet unter die Kalbin; außerdem fuhr der ziemlich schwere Wagen über ihn. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Verunglückte nach Hause gebracht.

(Stuttg.) Neutlingen, 19. Okt. Die neue Schwerlokomotive sehte gestern die Versuchsfahrten auf der Honauer Steige mit dem Erfolg fort, daß bis 129 Tonnen hinausgezogen wurden.

(Stuttg.) Gmünd, 19. Okt. Der Handels- und Gewerbeverein hat beschlossen, ab kommenden Montag sämtliche Läden vormittags 9 Uhr zu öffnen und nachmittags 4 Uhr zu schließen. Durch die neue Verkaufszeit wird der Licht- und Heizstoffverbrauch aufs äußerste eingeschränkt, auch eine Verkürzung der Arbeitszeit der Ladenangestellten auf 6 Stunden erreicht und so die Entlassung von Angestellten, die wegen des schlechten Geschäftsganges droht, vermieden. Mit Rücksicht auf das laufende Publikum, insbesondere die Arbeitererschaft, bleiben an den beiden Samstag und Sonntag, Dienstag und Freitag, die Läden wie bisher bis 6 Uhr geöffnet.

(Stuttg.) Neutra a. d. Rottweil, 19. Okt. Bei der Schultscheißenwahl wurde der Rechner des Darlehenskassenvereins Karl Müller mit 127 Stimmen gewählt. Auf Gemeinderat Josef Dreher fielen 110 Stimmen.

(Stuttg.) Baiingen, 19. Okt. In den letzten Tagen machten sich an Kartoffelfeldern auf Waidstetten Spuren eines Wildschweins bemerkbar. Ein Schäferhund spürte es auf, mußte aber zurückweichen. Am Mittwoch wurde eine Treibjagd in diesem Markungsgebiet veranstaltet; man konnte aber bis jetzt dieses bei uns seltenen Wildes nicht habhaft werden.

(Stuttg.) Tuttlingen, 19. Okt. In der Nacht zum Donnerstag ereignete sich in der Nähe von Ludwigshafen am See ein schweres Autounglück. Der Lastwagen des Soda-

wasser-Fabrikanten Ley aus Tuttlingen, der in Hagnau Wein geholt hatte, fuhr ein kleine Böschung herunter. Am Donnerstag morgen wurde das Auto zertrümmert und die beiden Insassen, der Fabrikant Ley und der Weinhändler Dreher fürchterlich zugerichtet tot aufgefunden. Die beiden hatten in Hagnau, Meersburg und Ueberlingen dem Süßen reichlich zugesprochen und trotz Warnung ihre Heimreise mit dem Auto angetreten. Die Weinfässer erlitten keinen Schaden.

(Stuttg.) Ulm, 19. Okt. Auf der Alp Rottach, 500 Meter unterhalb des Stuibensfelsens bei Sonthofen im Allgäu, wurden die Skelette eines Mannes und einer Frau mit Kleidungsresten gefunden. Es handelt sich um einen 20 Jahr alten Hilfswachmeister der Ulmer Landespolizei und eine 22jährige Kontoristin aus Karlsruhe. Der Mann hat zweifellos zuerst seine Geliebte und dann sich selbst erschossen. Der Schädel des Mädchens hatte eine Schußöffnung.

(Stuttg.) Tettang, 18. Okt. In die Zieglmühle in Oberettingen wurde in den letzten Nächten zweimal eingebrochen. Gestohlen wurden 40 Pfund eingesalzenes Schweinefleisch, 6 Pfund Butter, 8 Pack Zichorie und 6,5 Zentner Weizen.

(Stuttg.) Vom Ries, 19. Okt. Verschiedene württembergische und bayerische Gemeinden haben Selbstschutzorganisationen eingerichtet und sie zu einem Interessenverband zusammengeschlossen. Größere Abungen im Verband sollen bereits stattgefunden haben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs des Reichsmark.

1 Dollar	12 030 000 000 M.
1 Goldmark	2 864 285 714 M.
1 Holländ. Gulden	4 691 700 000 M.
1 Schweizer Franken	2 145 350 000 M.
1 Franz. Franken	715 785 000 M.

Der amtliche Mittelkurs vom 19. Okt.

Berlin, 19. Okt. Der zur Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars betrug heute, am 19. Oktober, 12 Milliarden.

Bankbedingungen.

(Stuttg.) Stuttgart, 19. Okt. In der Frage der Bankbedingungen ist bei den kürzlichen wiederholten Verhandlungen im Arbeitsministerium zwischen den Banken und den Wirtschaftsverbänden (Industrie, Groß- und Kleinhandel, Handwerk) eine Verständigung erzielt worden auf folgender Grundlage:

1. Die Bankhalter werden auch Samstags von 9—11 Uhr offengehalten. Eine Offenhaltung am Mittwoch ist von einem entsprechenden Vorgehen der Reichsbank abhängig.

2. Die Habenzinsen sind mit Wirkung vom 1. Oktober auf ½ Proz. pro Tag erhöht worden. Guthaben unter 100 Millionen Mark werden vom 15. Oktober ab nicht mehr verzinst.

3. Die Gutschriftenfristen für Schecks werden verkürzt, sobald es gelingt, den Kleinverkehr mit Schecks auszusparen und die Banken dadurch für eine ordnungsmäßige Verarbeitung der größeren Schecks zu entlasten. Kleine Schecks, d. h. Schecks über einen Papiermarkbetrag, der nicht einem Gegenwert von wenigstens 10 Goldmark entspricht, sollen bis auf weiteres nicht mehr angenommen werden.

4. Die Frage der Belastung der inländischen Scheckentnahmen auf den Tag der Ausstellung oder auf den Tag der Vorzeigung erfordert eine einheitliche Regelung für das Reich.

5. Die Banken werden mit den Wirtschaftsverbänden, namentlich auch in der Frage der Bankbedingungen ständig Fühlung halten und über Streitpunkte stets in entgegenkommender Weise verhandeln.

6. Die Frage der Wiederherstellung einer Haftung der Banken soll mit Beschleunigung nochmals geprüft werden.

„Das hast du also schon getan?“

„Es war meine Pflicht.“

„War unbedingt nötig!“ sagte Hermine v. Uerken. „Na, der wird sich freuen! Hat ja immer die Steffi wie eine königliche Hoheit behandelt oder wie eine Heilige. Aber das Telegramm wird ihm schon die Augen öffnen, deutlich genug war es ja. Ich habe geholfen, es aufzusehen!“

Fräulein v. Uerkens schwarze Augen funkelten vor Befriedigung. Franz dachte bei sich: „Gütig genug wird es ausgefallen sein.“ Es war ihm plötzlich leid um die Schwester. Er sah sie noch stehen, hochaufgerichtet, mit bläsem Gesicht und verzweifelten Augen.

Wagnitz klingelte, und als Karl kam, befahl er, anspannen zu lassen.

„Wo willst du hin?“ fragte Franz. „Nach Dohnd!“

„Fahre lieber heute noch nicht, Vater,“ bat Franz, „du bist zu erregt.“

„Ich muß!“ sagte Wagnitz und ging mit kurzen, harten Schritten im Zimmer auf und nieder.

Die Kutschpferde waren noch auf dem Felde beschäftigt und mußten erst geholt werden. Das dauerte ziemlich lange, und ehe der Wagen noch vorfuhr, kam ein Depeschbote aus dem Dorf und brachte folgende Nachricht:

„Frau Gräfin nach tiefer Ohnmacht in beängstigendem Zustand. Bitte, sogleich zu kommen. Marie Robin.“

Die Nachricht kam von der Erziehlerin der Kinder aus Dohnd. Wagnitz starrte betreten das Blatt an, las dann langsam vor. Frau v. Wagnitz sprang auf: „Da muß ich hin! Ich muß hin!“

Lotti brach in Tränen aus, und sie, die sonst in Gegenwart des Vaters kaum den Mund zu öffnen wagte, rief schluchzend: „Wenn sie nun stirbt, seid ihr daran schuld, ihr alle! Ihr habt sie in den Tod getrieben!“

Sie wollte durchaus mit nach Dohnd, aber ihr Vater erlaubte es nicht. Er wäre überhaupt am liebsten allein gefahren, doch angesichts des beunruhigenden Telegramms konnte er es seiner Frau nicht verjagen, ihn zu begleiten.

„Wahrscheinlich ohnmächtig geworden, weil sie Ottokar in Lebensgefahr weiß. Wundert mich nicht — gar nicht!“ sagte gütig Hermine v. Uerken, aber niemand hörte auf sie.

Wagnitz sah verstört aus, sprach mit unsicherer Stimme, und flüsternd suchte Mama Wagnitz Lotti zu beruhigen, die so heftig weinte, als sei Steffani bereits gestorben.

Dann wurde der Wagen gemeldet, und die Eltern fuhren zu der erkrankten Tochter nach Dohnd.

Die Kutschpferde trabten schwerfällig und widerwillig auf der harten Straße dahin. Sie waren müde von der Erntearbeit, und sobald die geringste Steigung kam, fielen sie in Schritt. Sie brauchten für die Strecke fast die doppelte Zeit als Steffanis leichte Wagenpferde. Stumm sah die Frau neben dem ärgerlichen Gatten; ihr Schweigen machte ihn noch unwilliger. Zurückgelehnt, zerbüß er seinen Schnurrbart, und immer wieder tief er dem Kutscher zu, schneller zu fahren. Wagnitz hatte Angst! Angst und Gewissensbisse. Die in ihm künstlich hochgezückte Wut gegen Steffani schwieg jetzt, erstickt durch die Sorge, die in ihm lebendig geworden. Lottis Ausruf, daß Steffani sich etwas angetan haben könnte, beunruhigte und erschreckte ihn mehr, als er zu zeigen für gut befunden. War er zu hart gewesen? Zu unbarmerzig? Hätte er der Tochter nicht mehr glauben sollen als unverantwortlichem Gerede? Seine Haltung war vielleicht schuld, daß dies Gerede nicht zur Ruhe gekommen ... Nein, es mußte doch Wahres daran gewesen sein, wenn es sogar zu einem Zweikampf kommen konnte. Und doch — vielleicht hätte er weniger hart sein müssen. War nicht Steffani immer seine Lieblings-tochter gewesen? Er hatte sie gut erzogen, er kannte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frage der Diskontierung von Schecks auf Reichsbankplätze ist bereits in zustimmendem Sinne unter Gewährung angemessener Bedingungen erledigt. — Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage des Scheck- und des Kontokorrentverkehrs, namentlich auch die Zinsfrage. Die Banken machten insbesondere geltend, daß sie sich gegen die Folgen der Geldentwertung nur durch Erhöhung der Zinsätze schützen können. Mit einer Besserung oder Stabilisierung der Mark wurde auch eine Ermäßigung der Zinsätze der Banken verbunden sein. — Der Scheckverkehr werde durch die kleinen Schecks außerordentlich belastet und gehemmt. Soll der Scheck wieder seine wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können, so müssen die kleinen Schecks ausgeschaltet werden. Die Wirtschaftsverbände müßten die Notwendigkeit anerkennen, den Verkehr mit kleinen Schecks auszuschalten. Die Wirtschaftsverbände wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Kosten des Bankverkehrs eine gefährdende Entwicklung genommen hätten. Die Wirtschaft könne diese Kosten nicht mehr tragen. Eine Abbürdung dieser Kosten, evtl. auch durch Entlastung der Banken von ihnen staatlicherseits auferlegter Arbeit sei dringend und nicht mehr zu umgehen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Okt. Das rapide Steigen des Dollars (12,03 Milliarden amtlich) zieht die Effektenkurse in Mitleidenschaft. Sie gingen in einem sich überstürzenden Tempo in die Höhe und erreichten teilweise sogar das 15fache. Die Nachfrage ist sehr groß, der Kaufmann sucht alles Papiergeld in Effekten anzulegen, um es vor weiterer Entwertung zu schützen. Die stürmische Hausse war auf allen Gebieten zu verzeichnen. Es gewannen: Württ. Hypothekbank 4200 (6000), Württ. Notenbank 30 000 (50 000), Württ. Vereinsbank 6000 (9000), Brauhaus Ravensbg. 4200 (6000), Brauerei Eßlingen 7500 (10 000),

Anzeigen-Schlüsselzahl 2 000 000

Nettemeyer-Tivoli 14 000 (20 000), Pfauen 9000 (12 000), Württ. Hohenz. 17 000 (25 000), Wulle 14 000 (20 000), Spianterei Erlangen 17 000 (30 000), Unterhausen 15 000 (70 000), Kammgarn Vietigheim 25 000 (50 000), Kolb u. Schüle 7000 (18 000), Pfersee 15 000 (30 000), Kottner 80 000 (100 000), Kuchen 20 000 (40 000), Wolldecken Weiberstadt 5000 (30 000), Württ. Rattun 20 000 (50 000), Leinen Blaubeuren 20 000 (50 000), Feinmeh. Tuttlingen 50 000 (100 000), Hohner 60 000 (110 000), Junghans 6000 (19 000), Koch 18 000 (43 000), Kraftwerk Altwürttemberg 19 000 (25 000), Lauph. Werkzeug 130 000 (180 000), Magirus 4500 (8000), Maschinen Eßlingen 2000 (17 000), Hesser 2500 (10 000), Redarfulmer Fahrzeug 40000 (12 000), Württ. Electr. 7000 (21 000), Württ. Metall 45 000 (80 000), Daimler 3500 (7500), Bad. Anilin 220 000 (650 000), Cement Heidelberg 38 000 (50 000), Deutsche Verlag 17 000 (25 000), Kaiser Otto 11 000 (18 000), Knorr 9000 (15 000), Leibbrand 4400 (6000), Salz Heilbronn 110 000 (200 000), Stuttgarter Bäder 20 000 (170 000), Stuttg. Zucker 8500 (18 000), Südb. Holz 15 000 (30 000), Verein. Del 14 000 (25 000), Verein. Filz 10 000 (40 000), Württ. Transport 1 Milliarde (3 Milliarden). Im Freiverkehr waren die Steigerungen teilweise noch stärker.

Der Erzeugermilchpreis.

L. C. Der am Donnerstag vereinbarte Erzeugerpreis für ein Liter Milch von 100 Millionen Mark gilt für die Zeit vom Samstag, den 20. bis Dienstag, den 23. Okt. einschließlich.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

vom 18. Oktober 1923.

Dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 18. Oktober waren zugetrieben: 40 Ochsen, 23 Bullen, 103 Jungbullen, 82 Jungrinder, 122 Kühe, 223 Kälber, 67 Schweine, 78 Schafe, 1 Ziege. Verkauf des Marktes sehr lebhaft bei schwacher Zufuhr; alles wurde verkauft. Für 1 Pfund Lebendgewicht wurde erlöst: in Millionen Mark: Ochsen 1. 420—450, 2. 340—400; Bullen 1. 420—440, 2. 360 bis 400; Jungrinder 1. 425—450, 2. 380—400, 3. 340—370; Kühe 1. 365—390, 2. 330—360, 3. 290—320; Kälber 1. 480, 2. 400—420; Schweine 1. 900—950, 2. 850—880, 3. 800—850; Schafe 600—650; Hammel 700.

Markte.

(S.C.B.) Nagold, 19. Okt. (Vieh- und Schweinemarkt.) Zuführt waren 1 Ochs, 8 Stiere, 12 Kühe, 6 Kinder und trüchtige Kalbinnen, 14 Stück Schmalvieh, 83 Läufer- und 127 Milchschweine. Verkauft wurden 5 Stück Schmalvieh, 52 Läufer- und 76 Milchschweine. Erlöst für 1 Stück Schmalvieh 66—100 Milliarden, für das Paar Läufer- und 70 Milliarden und für das Paar Milchschweine 9—20 Milliarden. Der Handel war flau.

(S.C.B.) Reutlingen, 19. Okt. (Schränne.) Zufuhr: Weizen 278 Kilo, Gerste 743, Haber 680. Verkauft wurde alles. Preise in Milliarden Mark pro Doppelzentner: für Weizen 16—17, Gerste 10—14, Haber 9,5—11. Gesamtumsatz 212,569 Milliarden.

(S.C.B.) Tettnang, 18. Okt. (Hopfen.) Der Einkauf ging gestern ruhig vor sich zu Preisen von 140 bis 170 Milliarden.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Preisfeststellungen übernimmt die Schriftleitung nur die präsekretische Verantwortung.

Amtliche Bekanntmachung.

Der Kleinverkaufspreis für den auf die Zuckermarke Nr. 12 entfallenden Septemberrücker beträgt pro Pfund für:

Kristallzucker 160 Millionen
die übrigen Sorten 170

ab Lager des Großhändlers.

Die Kleinhändler in den Bezirksmunicipalitäten sind berechtigt, auf diese Preise noch ihre tatsächlichen Auslagen für Befuhr zu schlagen.

Die auf den Kopf vorgesehene Menge beträgt 750 Gramm (1 1/2 Pfund).

Die Abholung des Zuckers durch die Kleinhändler hat bis spätestens 25. ds. Mts. und die Einlösung der Zuckermarke Nr. 12 durch die Bezugberechtigten bis spätestens 31. ds. Mts. zu erfolgen. Nach diesen Terminen erlischt der Anspruch auf Belieferung.

Nur dank der Vorauszahlungen war es möglich, den obigen Preis festzusetzen gegenüber dem heutigen weit höheren Tagespreis.

Calw, den 19. Oktober 1923.

Kommunalverband:

Bögel, Amtmann.

Calw.

Zahlungsaufforderung.

Die Steuerpflichtigen werden wiederholt zur Entrichtung der seit April zur Zahlung fälligen Monatsraten an der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer aufgefordert.

Wer seiner Zahlungsverpflichtung bis zum 25. Oktober 1923 nicht nachgekommen ist, hat die durch das Minist. des Innern und der Finanzen angeordneten bedeutenden Zuschläge für Steuerrückstände zu entrichten. Für die Berechnung dieses Zuschlags gilt der Coloumrechnungsjah für die Landabgabe.

Die jeden Monat zur Zahlung fälligen Beträge sind bis zum 8. jeden Monats zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist treten die Zuschläge in Wirksamkeit.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß besondere Forderungszettel nicht ausgegeben werden, vielmehr kann die Schuldbiligkeit bei der Stadtpflege erfragt werden.

Calw, den 18. Oktober 1923.

Stadtschultheißenamt: Söhner.

Neubulach.

Der Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt findet am Montag, den 22. Oktober 1923 statt, wozu einladet der Gemeindevorstand.

Wollen Sie Geld verdienen

durch Übernahme einer sehr soliden und gerade jetzt zukunftsreichen Vertretung nebst Selbstherstellung für die Bezirke Calw, Herrenberg, Nagold und Horb. Kein Lager, nur geringes Kapital und fleißiges Arbeiten erforderlich. Interessent ist jedes Bureau, jede Bank, Behörde usw.
Josef Seidel, Reutlingen, Mauerstrasse 37
Porto für Rückantwort ist beizulegen.

Bei **Gustav Andreatta** stehen ständig **erstklassige**



Milch- und Läufer-schweine

zum Verkauf.

Josef Eberle, Schweinehändler.
Hirsau.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 21.—27. Oktober 1923 beträgt die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug 210.

Hirsau, den 19. Oktober 1923.

Finanzamt

J. B. Eisele, St.-S.

Die **Raffenstunden d. Ortssteueramts Calw** werden vom **22. Oktober 1923** ab bis auf weiteres auf die Zeit von **8—12 Uhr vormittags** beschränkt.

Hirsau, den 19. Oktober 1923.

Finanzamt

J. B. Eisele, St.-S.



Band-sägen

in Holzuntergestell, mit Kugellagerung, für Landwirte und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.

Friedrich Huber, Maschinenbau, Unterreichenbach, D. A. Calw. Fernspr. 17.

Brennholz (Tannen-) tauscht gegen Weizenmehl. Angebote an die Gesch. ds. Bl.

Alle **Musikinstrumente** für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt **Musikhaus Gurth,** Pforzheim, Leopoldstr. 17. Arkadenriedalsh-Postbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführungsgall. Reparaturen und Stimmen. Ankauf alter Geigen u. Celli.

Warum ist die Anzeige in der Tageszeitung die erfolgreichste Reklame??

Die Tageszeitung wird in allen Schichten der Bevölkerung gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt in den Fabrik- u. Handelskontoren, in den Schreibstuben der Behörden auf, sie wird täglich von Tausenden an zahlreichen Verkehrs- u. Gaststätten zur Hand genommen.

Verbreitung und Gesehenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

B.G. Morgen 2 Uhr Familien-Wanderung nach Javelstein.

Calw, 19. Okt. 23.

Lobes-Anzeige.

Heute früh 10 Uhr ist unsere liebe Mutter **Elisabeth Angerer** Witwe nach langem Leiden entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen **Familie Hauser, Familie Böttlinger.** Beerdigung Sonntag mittags 2 Uhr vom Krankenhaus aus.

2 Zimmerbuffet

dunkel, 1 **Bertikov** eichen, 1 **Schreibkommode** sowie **Sessel** verkauft oder veräußert gegen Lebensmittel. Schreinerei **Dalcolmo,** Kronengasse 110.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag, mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr:
Seepiraten mit Eddi Polo
II. Episode: Verborgene Gefahren, mit Beiprogramm.

Javelstein.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Kirchweihmontag** stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zur „Krone“ freundlichst einzuladen.

Johann Schwämmle, Schmied,
Katharine Hörmann, Sulz,
Kirchgang 2 Uhr.

Körner-futter

für Geflügel eingetroffen.
Adolf Luz.

Mädchen gesucht!

Ein jüngeres, ehrliches **Mädchen** welches Haushalt, Kochen u. etwas Ladengeschäft erlernen möchte, wird für kinderlosen Familienanschluß bei gutem Lohn gesucht. Reise und Porto wird vergütet.

Fr. Krack, Samen- und Lebensmittelhandlung Pforzheim, Hafnergasse 8.

Friedrichsdorfer Zwieback

eingetroffen.
Fritz Freudenberger.

Uniformmäntel

tauscht gegen Kartoffeln. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein Herren- oder Damen-Mantel u. Leigwaren tauscht gegen Mostobst

Liebenzell, Baumstr. 80 Hausmann'sche Holzriemenfabrik.

Seelachs Goldbarsch Schellfisch ohne Kopf Bismarckheringe Bücklinge

Friz Freudenberger.

Lumpen, Knochen, Altpapier, Metalle, Eisen, Felle aller Art

kauft fortwährend zu höchsten Preisen
Carl Burkhardt Kronengasse 139.

Trüchtige Ziege

samt 7/8 Mon. altem Ziegenlamm verkauft am Montag, den 22. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr
P. Böttlinger Wwe.

Läufer-schweine

2 schöne verkauft
Soh. Kugel, Stammheim

Stenographie-Unterricht

(Stolze-Schrey) erteilt **Arthur Vogt, Calw.**